

Die Chile–Solidaritätsfront in Österreich

MICHAEL GRABER

Am 11. September 1973 putschte in Chile das Militär gegen die demokratisch gewählte Regierung der Unidad Popular unter dem Präsidenten Salvador Allende und tauchte tausende ihrer AnhängerInnen, FunktionärInnen und MandatarInnen in ein Blutbad. Nur wenige Tage nach dem faschistischen Putsch, am 18. September, fand in Wien die erste Solidaritätsdemonstration mit dem chilenischen Volk statt, an der tausende Menschen teilnahmen. Nachdem sich die gestürzte chilenische Regierung im wesentlichen aus der Sozialistischen Partei, der Kommunistischen Partei und christlichen Linken zusammensetzte, lag es auf der Hand, dass auch in Österreich die AufruferInnen und OrganisatorInnen dieser Demonstration aus diesem politischen Spektrum kamen.

Die Allende-Regierung war mit dem Anspruch angetreten, einen demokratischen, friedlichen Weg zum Sozialismus beschreiten zu wollen. Aus diesem Grund war national und international die gesamte Linke schockiert und schwer erschüttert. Schon nach kurzer Zeit wurde klar, dass der Kampf gegen die faschistische Militärdespotie in Chile, die angetreten war, den „Marxismus“ auszurotten, einen längerfristigen Charakter annehmen würde. Deshalb wurde über eine institutionelle Form der Chile-Solidarität nachgedacht und nach einigen Vorgesprächen zwischen den beteiligten Kräften am 8. November 1973 der Beschluss gefasst, die Chile-Solidaritätsfront (CSF) zu schaffen.

Vorstand und Organisationen

Die formelle Gründung der Chile-Solidaritätsfront als Verein fand am 20. Juli 1974 statt. Als Mitglieder wurden Organisationen aus dem sozialistischen, kommunistischen und christlichen Bereich aufgenommen. Diese entsandten ihre jeweiligen VertreterInnen zu den Besprechungen. Beschlüsse konnten nur einstimmig gefasst werden. Diese Konstellation sollte die Mobilisierungsfähigkeit und Mobilisierungskraft der CSF sicherstellen.

Der Verein umfasste zunächst den Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, die Junge Generation in der SPÖ (JG), die Sozialistische Jugend (SJ), den Verband Sozialistischer Studenten (VSSÖ), die Kommunistische Jugend (KJÖ), den

Kommunistischen Studentenverband (KSV), den Bund Demokratischer Frauen (BDF), den KZ-Verband, die Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939, die Katholische Arbeiterjugend (KAJ), die Aktion Kritisches Christentum (AKC), das Evangelische Jugendwerk HB und die Solidaritätsgruppe engagierter Christen (SOG). Später schlossen sich u.a. die Österreichisch-Kubanische Gesellschaft (ÖKG), der Österreichische Friedensrat, der Bund der Kärntner Studenten in Wien, der Bund Burgenländischer Studenten in Wien und der Klub Slowenischer Studenten und andere an. Amnesty International erklärte, die menschenrechtlichen Ziele der CSF unterstützen zu wollen. Bereits im Gründungsjahr gehörten 31 Organisationen der CSF an.¹ Die meisten beteiligten Organisationen waren auch in den Bundesländern aktiv vertreten, sodass die CSF von Anfang an mit der Unterstützung aus den Bundesländern rechnen konnte.

Dem ersten Vorstand der CSF gehörten an: als Vorsitzender Herbert Berger (SOG), als Stellvertreter Bruno Furch (Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik bzw. KPÖ) und Josef Hindels (Sozialistische Freiheitskämpfer), Kassier Fritz Edlinger (JG), Schriftführer Wilhelm Rau (KJÖ), Beisitzer Annemarie Aufreiter, Johann Mayr, Franz Stephan Parteder, Maria Szentpetery, Kontrolle: Ernst Gumpenberger, Fritz Podolsky, Johann Stadler. Referent für Öffentlichkeitsarbeit war Adalbert Krims (AKC).²

Die Zusammenarbeit in der CSF – ein innenpolitischer Faktor

Der Vorsitzende Herbert Berger gehörte der Gruppe Christen für Sozialismus an und lebte von 1968 bis Oktober 1973 als katholischer Priester in Armenvierteln Santiagos, bis er auf Grund des Putsches das Land verlassen musste. Berger hatte einen wesentlichen Anteil an der Gründung und Entwicklung der CSF, nicht zuletzt wegen seiner verbindenden und verbindlichen Rolle zwischen den beteiligten politischen Kräften. Er veröffentlichte im Jahr 2003 zum 30. Jahrestag des Putsches eine 140 Seiten umfassende Geschichte der Chile-Solidaritätsfront, auf die sich dieser Beitrag stützt und aus der ausführlich zitiert wird.

Der CSF gelang es in den 1970er und 1980er Jahren eine Solidaritätsbewegung in Österreich zu entwickeln, die tausende Menschen mobilisierte. Sie wurde nach der Bewegung gegen den Vietnamkrieg in den 1960er und Anfang der 1970er Jahren die wichtigste antiimperialistische und antifaschistische Solidaritätsbewegung und ein innenpolitischer Faktor in Österreich.

Es gab allerdings einen wesentlichen Unterschied: Die sozialistischen Jugendorganisationen, die sich gegen den Vietnamkrieg engagierten, taten dies in Opposition zur SPÖ-Führung, was auch im Rahmen der 68er Bewegung zu Ausschlüssen führte, während ihre und die Teilnahme anderer SozialistInnen an der CSF auf der Basis eines „Duldungsbeschlusses“ des SPÖ-Vorstands erfolgte, der die Zusammenarbeit mit KommunistInnen in „humanitären und kulturellen Angelegenheiten“ gestattete. Vorher hatte der damalige SPÖ-Zentralsekretär Fritz Marsch öffentlich mit dem Ausschluss aller Mitglieder aus der Partei gedroht, wenn diese die Kooperation mit der KPÖ nicht einstellten. Es war der Nachklang der so genannten „Eisenstädter Erklärung“ der SPÖ aus dem Jahr 1969, die jede Zusammenarbeit mit KommunistInnen ausschloss.

Herbert Berger schreibt dazu in seiner Geschichte der CSF: „Der Konflikt der SP-Organisationen der Chilefront mit ihrer Parteiführung zeigte, welche starke zentrifugale Kräfte auf uns einwirkten. Mitgliedsorganisationen, die der einen oder anderen Partei oder Kirche angehörten, mussten auf ihre jeweilige Großorganisation Rücksicht nehmen. Und da lagen die Interessen von SPÖ und KPÖ ganz gegensätzlich. Die SPÖ-Führung war zur Solidarität bereit, wollte aber der Kritik an den USA ausweichen und meinte, man müsse die Zustände in der Sowjetunion genauso anklagen wie in Chile. Daher keine Zusammenarbeit mit moskautreuen Kommunisten. Die KPÖ war in ihrer Haltung zu den USA und der Sowjetunion gegenteiliger Meinung. Für die kleine KPÖ war die Chilefront auch eine innenpolitische Möglichkeit, eine über ihre engen Parteigrenzen hinausgehende Plattform zu haben und so mehr Einfluss zu gewinnen, was die SPÖ fürchtete. Ein weiteres internes Problem war, dass das politische

Gewicht derer, die in der Chilefront mitarbeiteten, von Fraktion zu Fraktion sehr unterschiedlich war. Während sich die Sozialisten nur auf Jugendorganisationen und die Freiheitskämpfer stützen konnten, waren einige Vertreter der kommunistischen Fraktion Mitglieder des Zentralkomitees.⁴³

Bruno Furch etwa war Mitglied der KPÖ-Führung und Redakteur ihrer Tageszeitung *Volksstimme*. Auch Mimi Kreuzer, die Vertreterin des BDF, gehörte dem Zentralkomitee der KPÖ an. Es gab aber auch andere Stimmen führender Sozialdemokraten. Bruno Pittermann, Vorgänger von Bruno Kreisky als SPÖ-Chef und damals Präsident der Sozialistischen Internationale, marschierte am ersten Jahrestag des Putsches bei einem Schweigemarsch über den Ring in der ersten Reihe neben dem damaligen KPÖ-Vorsitzenden Franz Muhri und dem Vorstand der CSF.

Grundsatzklärung der CSF: antiimperialistisch und antifaschistisch

In der Grundsatzklärung der CSF hieß es u.a.: „Zur Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes hat sich in allen Teilen der Welt eine breite und machtvolle Solidaritätsbewegung entfaltet. Die Chile-Solidaritätsfront ist Bestandteil dieser internationalen Solidaritätsbewegung und trägt in Österreich zur Entlarvung und Isolierung der faschistischen Junta sowie zur materiellen, politischen und humanitären Unterstützung des chilenischen Widerstandes bei. [...] Die Chile-Solidaritätsfront unterstützt dabei voll und ganz die von der antifaschistischen Einheitsfront in Chile selbst entwickelten Ziele und Formen des Widerstands und arbeitet nach den von der internationalen Solidaritätsbewegung festgelegten Richtlinien. [...] Das österreichische Volk hat selbst erlebt, was Faschismus bedeutet. [...] So sind in der Chile-Solidaritätsfront Organisationen und Personen mit unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Orientierung – vor allem Sozialisten, Kommunisten und Christen – zusammengeschlossen.“

Zu den Forderungen wurde im einzelnen festgehalten: „Die Einstellung des ‚inneren Kriegszustandes‘ in Chile“, „Die Einstellung der willkürlichen Verhaftungen, Folterungen und Terrorurteile“, „Die sofortige Einstellung der Prozesse gegen demokratische Politiker, Gewerkschafter, Offiziere und andere Personen“, „Die Freilassung aller politi-



Solidaritätsdemonstration mit dem chilenischen Volk in Wien am 16. März 1974

schen Gefangenen“, „Aufklärung über das Schicksal verschwundener Persönlichkeiten“, „Achtung des Asylrechts und freies Geleit für alle Flüchtlinge in den Botschaften“, „Die Wiederherstellung der elementaren bürgerlichen, demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten sowie der Menschenwürde und Menschenrechte.“

Von der österreichischen Regierung, der damaligen SPÖ-Alleinregierung, wurde gefordert: „Der chilenischen Militärjunta keinerlei direkte oder indirekte Unterstützung wirtschaftlicher, politischer oder diplomatischer Natur zu gewähren; / Alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um jegliche Unterstützung von nichtöffentlicher Seite zu

unterbinden; / chilenische Flüchtlinge in unbegrenzter Zahl auch aus Drittländern aufzunehmen.“⁴⁴

Die Forderungen an die Regierung konnten großteils umgesetzt werden. Österreich stimmte allen Resolutionen in der UNO und der UNO-Menschenrechtskommission zu, die die Menschenrechtsverletzungen durch die chilenische Junta anprangerten und verurteilten. Die österreichische Diplomatie verhielt sich der CSF gegenüber wohlwollend, was auch ein intensiver Briefwechsel mit dem damaligen Außenminister Erich Bielka dokumentiert.

Die Aufnahmen von Flüchtlingen in Österreich war in den ersten ein, zwei Jahren nach dem Putsch auf wenige

Demonstration gegen Panzerlieferungen an Chile am 11. August 1980 in Wien





Solidaritätsveranstaltung mit Luis Corvalán im Haus der Begegnung in Wien-Brigittenau am 26. Februar 1982

Hundert begrenzt, konnte aber im Laufe der nächsten Jahre vor allem durch Interventionen der CSF auf ca. 2.000 erhöht werden. Es war auch eine wichtige Leistung der CSF, insbesondere durch die Kontakte der sozialistischen Mitglieder, die Betreuung der Flüchtlinge und Wohnmöglichkeiten zu organisieren. Die CSF arbeitete auch eng mit den politischen Gruppen des chilenischen Exils zusammen.

Panzer nach Chile?

Im September 1974 kam Hortensia Bussi de Allende, die Witwe von Salvador Allende, auf Einladung der CSF nach Wien, was für die Solidaritätsbewegung und die in Österreich lebenden ChilenInnen ein großes Ereignis war. Sie wurde auch von der SPÖ und der KPÖ empfangen. Im Gespräch mit Bundeskanzler Bruno Kreisky versprach dieser, keine Waffen nach Chile zu senden.⁵ In eben dieser Frage kam es allerdings 1980 zu einem schweren Konflikt der CSF mit der Regierung. Die Steyr-Werke wollten Panzer und andere Waffen im Wert von über 167 Millionen Dollar an die chilenische Junta liefern. Bereits 1980 waren österreichische Panzer in Bolivien während eines Putsches gegen DemonstrantInnen eingesetzt worden. Die Lieferung hing nur noch von der Zustimmung der Regierung ab, wobei einige Minister bereits ihre Zustimmung signalisierten. Es kam zu einer massiven Protestbewegung in ganz Österreich mit der Besetzung von Schienen und Hungerstreiks. Die Eisenbahnergewerkschaft erklärte, den Transport nicht durchführen

zu wollen. Schließlich lenkte auf Grund des Drucks eines Beschlusses des SPÖ-Präsidiums die Regierung ein und der zuständige Innenminister Erwin Lanc untersagte den Waffenexport. Es war dies einer der größten Erfolge der CSF.

Ein wichtiges Arbeitsfeld der CSF war die Öffentlichkeitsarbeit im allgemeinen und die Kontakte zur Presse und zum ORF im besonderen. Seit 1974 kam vierteljährlich ein Bulletin der CSF heraus, zunächst in einer Auflage von 12.000 Exemplaren. Redigiert wurde es von Fritz Edlinger. Die CSF und ihre Mitgliedsorganisationen organisierten zahlreiche Veranstaltungen in Wien und in den Bundesländern, die teilweise auch von österreichischen und chilenischen Kulturschaffenden getragen wurden. 1974 sammelten die Mitglieder der CSF über 11.000 Unterschriften für eine Petition u.a. an den österreichischen Vertreter in der UN-Menschenrechtskommission Felix Ermacora und andere Vertreter Österreichs in der UNO.⁶

Solidaritätsarbeit

Wichtige Beiträge zur Solidaritätsarbeit waren die Veranstaltungen von KJÖ, KSV und KPÖ. So wurde beispielsweise der Film des bekannten DDR-Dokumentationsfilmteams Walter Heinowsky und Gerhard Scheumann „Krieg der Mumien“ an 46 Orten in Österreich gezeigt.⁷ Ein Höhepunkt dieser Aktivitäten war die Einladung von Luis Corvalán, des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chiles, der 1976 durch internationalen Druck aus der KZ-Haft befreit werden und an-

schließend ins Exil in die Sowjetunion gehen konnte. Die Solidaritätsveranstaltung mit Corvalán am 26. Februar 1982 im Haus der Begegnung in Wien-Brigittenau war eine der bewegendsten.

Weiters gelang es der CSF, die Solidarität mit dem demokratischen Chile im öffentlichen Raum zu verankern. Im September 1976 wurde ein großer Gemeindebau in Simmering in Allende-Hof benannt. Im September 2005 wurde auf Initiative von in Österreich lebenden ChilenInnen eine Büste Allendes im Wiener Donaupark errichtet. Im Bericht Herbert Bergers über die Geschichte der CSF nimmt die Auflistung der bekannt gewordenen öffentlichen Aktivitäten ganze 28 Seiten ein.

1988 ergab ein Plebiszit in Chile eine Mehrheit von 55 Prozent für die Ablöse von Diktator Pinochet von der Staatsspitze. Im Jahr darauf konnte nach der Legalisierung politischer Parteien (außer der KP Chiles, die erst 1993 wieder antreten konnte) ein neuer Präsident gewählt werden. Pinochet blieb allerdings Oberbefehlshaber der Streitkräfte, die gemeinsam mit den Rechtsparteien jede grundlegende Änderung der von ihm 1980 oktroyierten Verfassung blockierten. Auf Grund dieser Entwicklung in Chile und dem Ende der faschistischen Junta fasste die Generalversammlung am 22. Juni 1990 den Beschluss der formellen Auflösung der Chile-Solidaritätsfront.

Anmerkungen:

- 1/ Herbert Berger: Solidarität mit Chile. Die österreichische Chile-Solidaritätsfront 1973–1990. Wien 2003, S. 132.
- 2/ ZPA der KPÖ, Protokoll der konstituierenden Sitzung der Chilesolidaritätsfront am 20.7.1974.
- 3/ Berger: Solidarität mit Chile, S. 31.
- 4/ Ebd., S. 126.
- 5/ Ebd., S. 93.
- 6/ Durchschrift im ZPA der KPÖ.
- 7/ Berger: Solidarität mit Chile, S. 103.

